



Amtsblatt

für den Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa
Amtske topjeno za Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa



Jahrgang 15· Forst (Lausitz)/Baršć (Lužyca), den 07. Juli 2022 · Nummer 27

Inhaltsverzeichnis

AMTLICHER TEIL

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Tierseuchenallgemeinverfügung des Landkreises Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen vom 10.12.2021	Seite 1
Beschlüsse des Kreistages Spree-Neiße	Seite 6
Bekanntmachung Jahresabschluss des Jahres 2020 des Eigenbetriebes Jobcenter Spree-Neiße	Seite 7
Bekanntmachung Jahresabschluss des Jahres 2021 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft des Landkreises Spree-Neiße/ Wokrejs Sprjewja-Nysa	Seite 7

AMTLICHER TEIL

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Am 1. Juli 2022 hat der Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa eine neue Tierseuchenallgemeinverfügung zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen erlassen.

Dabei ist unter dem Punkt A. V. ein **redaktioneller Fehler** aufgetreten: Die Sperrzone I wurde in der Stadt Spremberg/Grodok um die **Gemarkung Radewiese** erweitert. In der Verfügung war fälschlicherweise die Gemarkung Radewiese genannt wurden.

Die vollständige Allgemeinverfügung mit der korrigierten Ortsbezeichnung lautet daher wie folgt:

Tierseuchenallgemeinverfügung des Landkreises Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa zur Bekämpfung der Afrikanische Schweinepest bei Wildschweinen vom 10.12.2021

in der Fassung der 2.Änderung vom 01.07.2022

Auf Grund der amtlich festgestellten Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen im Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa werden die nachfolgenden Maßnahmen angeordnet und bekannt gegeben.

A. Der Verfügungsteil B der Allgemeinverfügung vom 10.12.2021 in der ersten Änderungsfassung vom 20.05.2022 wird hinsichtlich der festgelegten Restriktionsgebiete wie folgt geändert und ergänzt:

I. In der Sperrzone II wird ein weiteres **Kerngebiet** mit der Bezeichnung „**Kerngebiet SPN-Nord**“ ausgewiesen.

Dieses Kerngebiet SPN-Nord umfasst Teile der Gemarkungen:

Gemeinde/Stadt	Gemarkung
Guben	Deulowitz
Jänschwalde/Janšojce	Drewitz /Drjejece
Schenkendöbern	Atterwasch Bärenklau Grabko Grano /Granow Groß Drewitz Krayne Lübbinchen Pinnow Schenkendöbern
Tauer/Turjej	Schönhöhe /Šejnejda Tauer/Turjej

welche vor Ort ersichtlich durch einen Wildschweinabwehrzaun eingegrenzt sind. Die genauen Grenzen des Kerngebietes sind in einer tagaktuellen Kartenübersicht der Schutzzonen unter <https://www.lkspn.de/aktuelles/afrikanische-schweinepest.html> einsehbar.

II. Der **Schutzkorridor** umfasst für die Gemeinde Schenkendöbern und die Stadt Guben die östlich der B112 gelegenen Gemarkungen bzw. Teile dieser.

Der nicht die Stadt Guben und die Gemeinde Schenkendöbern umfassende Teil des bereits ausgewiesenen Schutzkorridores bleibt von dieser Änderung unberührt.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa
– Der Landrat –

Verantwortlich:

Landrat des Landkreises Spree-Neiße/
Wokrejs Sprjewja-Nysa,
Heinrich-Heine-Straße 1,
03149 Forst (Lausitz)/Baršć (Lužyca),
Tel.: 03562 986-10006, Fax: 03562 986-10088
www.landkreis-spree-neisse.de,
E-Mail: pressestelle@lkspn.de

Das Amtsblatt für den Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa, Amtske topjeno za Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa erscheint nach Bedarf in elektronischer Form unter www.lkspn.de
-> Aktuelles aus dem Landkreis -> Amtsblatt.

Der Versand von Einzelexemplaren oder im Abonnement kann auf Anforderung unter oben genannter Anschrift, per E-Mail unter pressestelle@lkspn.de bzw. telefonisch unter der Rufnummer 03562 986-10006 kostenfrei per E-Mail oder auf dem Postweg erfolgen.

Weiterhin wird das Amtsblatt am Sitz der Kreisverwaltung, Heinrich-Heine-Straße 1, 03149 Forst (Lausitz)/Baršć (Lužyca), sowie an den Sitzen der Verwaltungen der kreisangehörigen Ämter und Gemeinden kostenlos zur Selbstabholung ausgelegt.

III. Folgende Gemarkungen werden als **Weißer Zone SPN-Nord** ausgewiesen:

Gemeinde/Stadt	Gemarkung
Guben und Schenkendöbern	Die innerhalb des bis zum 21.05.2022 geltenden Kerngebietes gelegenen Anteile der Gemarkungen: Groß Drewitz, Guben und Lauschütz
Jänschwalde/Janšojce	Drewitz /Drjeje Jänschwalde -Dorf/Janšojce -Wjas Jänschwalde -Ost /Janšojce -Juitso
Peitz/Picnjo Schenkendöbern	Peitz/Picnjo Sembten, die außerhalb des ausgewiesenen Kerngebietes und des Schutzkorridores gelegenen Anteile der Gemarkungen Atterwasch, Bärenklau, Grabko, Groß Drewitz, Kerkwitz /Kerkojce, Pinnow, Staakow und Reicherskreuz
Tauer/Turjej	die außerhalb des ausgewiesenen Kerngebietes gelegenen Anteile der Gemarkungen Schönhöhe /Šejnejda, und Tauer/Turjej
Turnow-Preilack/Turnow-Pšituk	Preilack/Pšituk

IV. Die ausgewiesene **Sperrzone II** wird um folgende Gemarkungen **erweitert**:

Gemeinde/Stadt	Gemarkung
Peitz/Picnjo	Peitz/Picnjo
Spremborg/Grodok	Bühlow/Běla Groß Buckow Jessen Pulsberg Spremborg/Grodok (östlich der Tagebaurandstraße)
Turnow-Preilack/Turnow-Pšituk	Preilack/Pšituk
Welzow/Wjelcej	Haidemühl/Gózdź Proschim

V. Die ausgewiesene **Sperrzone I** wird um folgende Gemarkungen **erweitert**:

Gemeinde/Stadt	Gemarkung
Drebkau/Drjowk	Jehserig /Jazorki, Kausche /Chusej
Spremborg/Grodok	Radewiese, Spremborg/Grodok (westlich der Tagebaurandstraße) Stradow, Straußdorf, Wolkenberg
Welzow/Wjelcej	Welzow/Wjelcej

VI. Die als Anlage 1 beigefügte sowie in einer tagaktuellen Kartenübersicht der Schutzzonen unter <https://www.lkspn.de/aktuelles/afrikanische-schweinepest.html> einsehbare Karte der Restriktionsgebiete ist Bestandteil dieser Allgemeinverfügung.

B. Der Verfügungsteil C der Allgemeinverfügung vom 10.12.2021 in der ersten Änderungsfassung vom 20.05.2022 wird hinsichtlich der Maßregeln wie folgt geändert und ergänzt:

I. Für das **Kerngebiet SPN-Nord** wird über die bereits geltenden Anordnungen hinaus folgendes verfügt:

- Es gilt ein Jagdverbot für alle Wildarten. Für begründete Einzelfälle können Ausnahmen von diesem Verbot erteilt werden.
- Das Betreten des Waldes und der offenen Landschaft abseits der öffentlichen Wege und Einrichtungen wird Personen, die nicht Eigentümer, Besitzer oder Pächter von Flächen sind, untersagt. Für begründete Einzelfälle können Ausnahmen von diesem Verbot erteilt werden.
- Es gelten die Anordnungen unter B.V.1. der Tierseuchenallgemeinverfügung des Landkreises Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa zur Bekämpfung der Afrikanische Schweinepest bei Wildschweinen vom 10.12.2021 in der Fassung der 1.Änderung vom 20.05.2022.
- Forstwirtschaftliche Tätigkeiten sind mindestens 48 Stunden vor der jeweiligen Durchführung der zuständigen Behörde (Landkreis Spree-Neiße/

Wokrejs Sprjewja-Nysa; Operationszentrale ASP) anzuzeigen. Tätigkeiten am Wochenende sind bis spätestens Mittwoch vor dem Wochenende anzuzeigen. Erst nach amtlicher Freigabe dieser Flächen für die jeweils angezeigte Bewirtschaftungsform, darf mit der Arbeit begonnen werden.

II. Für die **weiße Zone SPN-Nord** wird über die bereits geltenden Anordnungen hinaus folgendes verfügt:

- Es gilt ein Jagdverbot für alle Wildarten. Für begründete Einzelfälle können Ausnahmen von diesem Verbot erteilt werden.
- Es gelten die Anordnungen unter B.IV der Tierseuchenallgemeinverfügung des Landkreises Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa zur Bekämpfung der Afrikanische Schweinepest bei Wildschweinen vom 10.12.2021 in der Fassung der 1.Änderung vom 20.05.2022.

III. Für die **Sperrzone II** wird über die geltenden Anordnungen hinaus folgendes verfügt:

- In den Gemarkungen Proschim, Haidemühl, Jessen, Pulsberg, Terpe und Spremborg sind Erntemaßnahmen und Bodenbearbeitungsverfahren auf Flächen mit Mais, Getreide, Raps, Hirse, Sudangras und Sonnenblumen mindestens 48 Stunden vor der jeweiligen Tätigkeit der zuständigen Behörde (Landkreis Spree-Neiße/ Wokrejs Sprjewja-Nysa; Operationszentrale ASP) anzuzeigen. Tätigkeiten am Wochenende sind bis spätestens Mittwoch vor dem Wochenende anzuzeigen. Erst nach amtlicher Freigabe dieser Flächen für die jeweils angezeigte Bewirtschaftungsform, darf mit der Arbeit begonnen werden.

C. IV. Die sofortige Vollziehung der Anordnungen unter A. und B. wird gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) im überwiegend öffentlichen Interesse angeordnet.

Im Übrigen folgt die sofortige Vollziehbarkeit aus § 80 Abs. 2 Nr. 3 VwGO in Verbindung mit § 37 Tiergesundheitsgesetz (TierGesG). Widerspruch und Anfechtungsklagen haben keine aufschiebende Wirkung.

D. V. Diese Allgemeinverfügung tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in Kraft.

Hinweise:

Die Tierseuchenallgemeinverfügung des Landkreises Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa zur Bekämpfung der Afrikanische Schweinepest bei Wildschweinen

vom 10.12.2021 sowie deren 1. Änderung vom 20.05.2022 behalten mit Ausnahme der Änderungen Ihre Gültigkeit und sind zwingend zu beachten. Für die neu ausgewiesenen Restriktionsgebiete gelten die entsprechenden Anordnungen.

Vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen diese Allgemeinverfügung stellen gemäß § 32 Abs. 2 Nr. 3 und 4 TierGesG i. V. m. § 25 Nr. 3 SchwPestV eine Ordnungswidrigkeit dar und können mit einer Geldbuße bis zu 30.000 € geahndet werden.

Aufgrund des amtlichen Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest werden Landwirten, Jägern und Tierhaltern per Verordnung gesetzlich Pflichten auferlegt, die diese ohne weitere Anordnung durch die Behörde einzuhalten haben. Eine Zusammenfassung dieser gesetzlichen Pflichten sind in Anlage 2 der Allgemeinverfügung vom 10.12.2021 nachzulesen.

E. Begründung:

I. Sachverhalt

Der Verfügung liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: In der Gemarkung Sembten wurde am 10. September 2020 der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest erstmalig amtlich festgestellt.

Am 18. Juni 2021 wurde im Landkreis Spree-Neiße/ Wokrejs Sprjewja-Nysa der erste Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest im Süden des Landkreises westlich der errichteten Wildschweinbarriere entlang der Grenze zu Polen festgestellt. Infolgedessen wurden die gleichen Eindämmungsmaßnahmen wie beim Fall in Sembten durchgeführt. Die Restriktionsgebiete wurden an das Seuchengeschehen angepasst und deutlich ausgeweitet. Im Kerngebiet südlich der Bundesautobahn 15 verenden noch immer Wildschweine an der ASP oder infizieren sich und werden mit jagdlichen Mitteln entnommen.

Nachdem im Januar 2022 letztmalig an der ASP verendete Wildschweine in der Weißen Zone SPN-Nord gefunden wurden, konnten entsprechend den Vorgaben der „Verwaltungsvorschrift zu den Voraussetzungen und zum Vorgehen bei der Aufhebung von Restriktionszonen, die infolge von ASP-Fällen bei Wildschweinen festgelegt wurden.

Vom 17. März 2022“ das Kerngebiet und die Weiße Zone im Norden des Landkreises aufgehoben werden.

Leider wurde am 10.06.2022 bestätigt, dass ein am 06.06.2022 erlegter Frischling an den Krayner Teichen an der ASP verendet ist. Eine intensive Fallwildsuche ergab, dass sich weitere infizierte Wildschweine in dem Bereich rund um die Krayner Teiche und auch nahe Bärenklau sowie am Kleinese aufhalten.

Zusätzlich zu den intensiven Bekämpfungsmaßnahmen und den Erfolgen im Landkreis Spree-Neiße/ Wokrejs Sprjewja-Nysa muss das Seuchengeschehen in den angrenzenden Landkreisen, Bundesländern und Mitgliedstaaten beachtet werden. Der Seuchendruck aus dem Nachbarstaat Polen und damit auf den errichteten stabilen Zaun entlang der Landesgrenze bleibt weiterhin hoch.

Hinzu kam in den vergangenen Monaten eine stetig wachsende Dynamik des Seuchengeschehens in Sachsen.

Infolgedessen passt der Freistaat Sachsen die Gebietskulisse an und führt die beiden Sperrzonen II der Landkreise Görlitz und Bautzen zusammen.

Tritt bei Wildschweinen ein Infektionsgeschehen mit ASP auf, sind unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, mit denen das Ausmaß des Ausbruchsgeschehens (räumliche Ausdehnung, Anzahl der betroffenen Tiere, Größe der Population im betroffenen Gebiet etc.) eingeschätzt und Maßnahmen zur Bekämpfung der Tierseuche in der Wildschweinpopulation, zur Verhinderung der Ausbreitung und des Übergreifens auf Hausschweine ergriffen werden sollen. Das Friedrich-Löffler-Institut hat hierzu Empfehlungen für Maßnahmen in einem Maßnahmenkatalog erarbeitet.

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) ist eine anzeigepflichtige Tierseuche, von der Haus- und Wildschweine betroffen sind. In Mitteleuropa erfolgt eine Übertragung durch direkten Kontakt mit infizierten Tieren (Sekrete, Blut, Sperma), die Aufnahme von Speiseabfällen oder Schweinefleischerzeugnissen bzw. -zubereitungen sowie andere indirekte Übertragungswege (Fahrzeuge, kontaminierte Ausrüstungsgegenstände einschließlich Jagdausrüstung, landwirtschaftlich genutzte Geräte und Maschinen, Kleidung). Bei direkter Übertragung wird der Erreger über Nasen-Rachen-, Augensekret und Speichel, später auch über Urin und Kot ausgeschieden. Die Inkubationszeit, das heißt, die Zeit von der Einschleppung des Erregers bis zum Auftreten der ersten Krankheitssymptome, beträgt etwa sieben bis zehn Tage. Ein infiziertes Tier stirbt in mehr als 90 % der Infektionsfälle an ASP. Ein Impfstoff gegen ASP ist bisher nicht verfügbar. Die Bekämpfung gestaltet sich außerordentlich schwierig, da das Virus sehr widerstandsfähig ist. Es bleibt auch während des Verwesungsprozesses des Schweins mehrere Wochen bis Monate infektiös. In Schlachtkörpern und Blut, in Dauerwaren wie Schinken und Salami ist das Virus monatelang, in Gefrierfleisch sogar jahrelang vermehrungsfähig.

II. Rechtliche Würdigung

Gemäß §§ 4 und 5 des Ordnungsbehördengesetzes vom 21. August 1996 (GVBl. I/96, [Nr. 21], S. 266) i.V.m. § 38 Abs. 11 des TiergesG vom 21. November 2018 (BGBl. I S. 1938) i.V.m. § 1 Abs. 1 und 4 des AGTierGes vom 17. Dezember 2001 (GVBl. I/02, [Nr. 02], S. 14) in der jeweils geltenden Fassung, ist der Landkreis Spree-Neiße/ Wokrejs Sprjewja-Nysa (Fachbereich Landwirtschaft, Veterinär- und Lebensmittelüberwachung der/ Veterinäramt) die zuständige Behörde für den Erlass von Verfügungen von Schutzmaßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung von Tierseuchen.

Diese Allgemeinverfügung dient der Umsetzung der Maßregeln der VERORDNUNG (EU) 2016/429 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit in Verbindung mit der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 vom 07. April 2021 und der SchwPestV vom 8. Juli 2020 (BGBl. I S. 1605) in der zurzeit geltenden Fassung.

Zur Vorbeugung und Bekämpfung der Tierseuche ASP erlässt das Veterinäramt in seiner Zuständigkeit nach § 38 Abs.11 i.V.m. § 6 und 10 TierGesG weitere Maßregeln zur Ergänzung der Anordnungen der SchwPestV.

Nach § 24 des Bundesjagdgesetzes erlässt beim Auftreten einer Tierseuche im Wildbestand die für die Tierseuchenbekämpfung zuständige Behörde die erforderlichen Anweisungen zur Bekämpfung der Seuche.

Der Landkreis Spree-Neiße/ Wokrejs Sprjewja-Nysa nimmt seit dem 01. April 2013 gemäß der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Landkreis und der Stadt Cottbus/ Chóšebuz vom 31.01.2013, veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg vom 06.03.2013, Nr. 9, S. 501, die Aufgaben auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion und Förderung, des Tierschutzes, der Lebensmittel-, Futtermittel- und Handelsklassenüberwachung, der Tierseuchenbekämpfung und der Überwachung des Verkehrs

mit Tierarzneimitteln auch für die Stadt Cottbus wahr.

Zu A. (Festlegung der Restriktionsgebiete)

Entsprechend Art. 3 bis 6 der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 i.V.m. § 14d Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und 2 SchwPestV wurde durch das Veterinäramt ein Gebiet um die Fundorte als Sperrzone II (analog gefährdetes Gebiet) sowie ein Gebiet um die Sperrzone II als Sperrzone I (analog Pufferzone) festgelegt. Entsprechend § 14d Abs. 2a S. 1 SchwPestV wurde innerhalb dieser Sperrzone II um die Fundorte der verendet aufgefundenen und labordiagnostisch positiv bestätigten Wildschweine ein neues Kerngebiet festgelegt, um zu vermeiden, dass möglicherweise weitere infizierte Tiere aus dem infizierten Gebiet auswandern und die ASP verbreiten.

Um das Kerngebiet herum wurde eine sogenannte weiße Zone eingerichtet. Eine weiße Zone definiert sich als Bereich, in welchem die Tötung aller Wildschweine das Ziel ist, um Infektionsketten zu unterbrechen.

Resultierend aus dem Wissen um die Eigenschaften dieser anzeigepflichtigen Tierseuche und den Ergebnissen der Fallwildsuchen müssen die Restriktionsgebiete an das Seuchengeschehen angepasst werden. Die Erweiterung der Sperrzonen II und I im Süden des Landkreises ergibt sich aus dem Seuchendruck, welcher aus Sachsen auf den Landkreis Spree-Neiße/ Wokrejs Sprjewja-Nysa ausgeübt wird. Mit der Ausweisung einer Sperrzone II (gefährdetes Gebiet nach Schweinepestverordnung) gelten unverzüglich rechtlich vorgeschriebene Einschränkungen, welche im Hinblick auf die Seuchendynamik und damit einhergehende Risiken der weiteren Verbreitung nötig und auch verhältnismäßig sind. Eine Sperrzone I gilt nach dem EU-Recht als seuchenfrei, dient als Pufferzone und ist daher mit verhältnismäßig wenigen Einschränkungen für Dritte behaftet. Sie ermöglicht jedoch ein unverzügliches amtliches Handeln, sollte dies die Tierseuchenlage erforderlich machen.

Zu B.I.a. und B.II.a (Jagdverbot auf alle Wildarten)

Gemäß § 14 d Abs. 2 b Nr. 1 SchwPestV kann das Veterinäramt als zuständige Behörde für das Kerngebiet über die Maßregeln der Sperrzone II hinaus, soweit es aus Gründen der Tierseuchenbekämpfung unerlässlich ist, den Fahrzeugverkehr und den Personenverkehr im Kerngebiet verbieten. Dabei meint „offene Landschaft“ in diesem Zusammenhang Feld und Flur außerhalb geschlossener Ortslagen und außerhalb von Ortschaften liegenden Wohnbebauungszusammenhängen sowie Felder, Wiesen und Ackerflächen.

Unter Anwendung des § 14 d Abs. 5 c SchwPestV wurde durch die zuständige Behörde das Betreten des Waldes und der offenen Landschaft im Kerngebiet untersagt.

Hintergrund dieser Maßregel ist, zum einen keine Störung der Tiere -insbesondere des Schwarzwildes- zu verursachen, um keine Verschleppung des Virus aus dem Kerngebiet zu begünstigen als auch andererseits keine unerkannte Verbreitung des Virus über indirekte Übertragungswege durch eine Vielzahl von Privatpersonen zu befördern. Das ASP-Virus weist eine hohe Widerstandsfähigkeit in der Umwelt auf. Im blutverseuchten Erdboden ist es bis zu 205 Tage, an Holzteilen bis zu 190 Tagen überlebensfähig. Verendete Schwarzwild-kadaver sind über viele Wochen, streckenweise bis zu einem halben Jahr infektiös. Die unerkannte Verschleppung des Virus durch Erdreich u.Ä. an Schuhwerk soll durch das Betretungsverbot vermieden werden. Zudem soll die zur Bekämpfung der Tierseuche zwingend notwendige Suche und Beseitigung infizierter Kadaver ungehindert ermöglicht werden.

Zu B.I.c., B.II.b. und B.III.a. (landwirtschaftliche Tätigkeiten)

Gemäß §14d Abs.5a Punkt 1 kann die zuständige Behörde die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für längsten sechs Monate beschränken oder verbieten.

Bei den benannten Kulturen handelt es sich um wildbiologisch bekannte Rückzugsorte für Schwarzwild, in welchen die Tiere teils sehr lange verbleiben und sich somit jagdlichen Maßnahmen nahezu vollständig entziehen. Um das Ziel der Schwarzwildpopulation auf nahe Null zu erreichen, müssen Ernten genutzt werden um Schwarzwild zu entnehmen. Dies gelingt effektiv nur dann, wenn die Ernte in einem angemessenen und behördliches Handeln möglich machenden Abstand vor der Ernte angezeigt wird. Auf Basis der Kenntnisse zur örtlichen Schwarzwildpopulation, der jeweiligen betroffenen Kultur und Detektion durch geeignete technische Mittel, wie beispielsweise einer Drohne, kann somit über eine erfolgsbringende erntebegleitende Jagdstrategie entschieden werden.

Eine Anzeige der anderen bodenbearbeitenden Tätigkeiten verfolgt den Zweck, etwaige Kadaver von verendetem Schwarzwild zu finden und diese

Hauptinfektionsquellen zu entfernen.

Zu B.1.d. (forstwirtschaftliche Tätigkeiten)

Gemäß §14d Abs.5a Punkt 1 kann die zuständige Behörde die Nutzung forstwirtschaftlicher Flächen für längsten sechs Monate beschränken oder verbieten. Dass forstwirtschaftliche Tätigkeiten anzuzeigen sind, hat den Hintergrund, dass die zuständige Behörde, welche das Seuchengeschehen genau im Blick hat entscheiden muss ob vor einer angezeigten Tätigkeit eine Fallwildsuche durchgeführt werden sollte, um auszuschließen dass Kadaver von infizierten Tieren verschleppt werden können.

Zu C. IV. (sofortige Vollziehung)

Die sofortige Vollziehung der genannten Anordnungen wird gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO aufgrund des besonderen öffentlichen Interesses angeordnet.

Die Voraussetzung liegt hier vor, da die Ausbreitung der ASP und damit die Gefahr von tiergesundheitslichen wie auch wirtschaftlichen Folgen schnellstmöglich erkannt und unterbunden werden muss.

Die Gefahr der Weiterverbreitung der Seuche und der damit verbundene tiergesundheitsliche sowie wirtschaftliche Schaden sind höher einzuschätzen als persönliche Interessen an der aufschiebenden Wirkung als Folge eines eingelegten Rechtsbehelfs.

Die aufschiebende Wirkung der Anfechtung der angeordneten eilbedürftigen Maßnahmen würde bedeuten, dass anderenfalls die kurzfristige Feststellung des Ausbruchs und damit eine wirksame Bekämpfung der Tierseuche nicht mehr gewährleistet wären.

Die getroffenen Maßnahmen stehen nicht außer Verhältnis zum Ziel, eine Weiterverbreitung des Seuchenerregers zu verhindern. Durch eine vermehrte Infektion der Wildschweine, die bisher teilweise auch in der Nähe von Ortschaften/Hausschweinehaltungen verendet sind, besteht das Risiko einer Erkrankung auch der in den Restriktionsgebieten gehaltenen Hausschweine. Dies trifft insbesondere auf Freilandhaltungen zu. Eine Erkrankung könnte hier eine Tötung des gesamten Hausschweinbestandes nach sich ziehen. Für Schweinehaltungen in einem Umkreis von mindestens 10 km gelten dann strenge Verbringungsverbote für mindestens 3 Monate, welche sich auf bis zu 12 Monate ausdehnen können. Tierschutzrelevante Probleme bleiben dann nicht aus. Da der Tierschutz als Staatsziel bestimmt wurde, ist der Schutz der Tiere - hier der Schutz der Schweine vor einer Tierseuche und den sich daraus ergebenden Haltungproblemen - ebenfalls ein Ziel der Tierseuchenbekämpfung.

Breitet sich das Virus unkontrolliert aus, so kann dies neben Leistungseinbußen auch erhebliche Tierverluste und strenge Handelsbeschränkungen nach sich ziehen. Dies hätte erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen auch für nicht von der Krankheit betroffene Betriebe und für ganze Wirtschaftsbereiche in der Region sowie landesweit.

Die getroffenen Maßnahmen sind erforderlich. Ein milderer Mittel zur Erreichung der vorgenannten Ziele ist nicht erkennbar. Die Anordnungen sind geeignet, die Tierseuche frühzeitig zu erkennen und für den Fall des Auftretens der Verbreitung entgegenzuwirken. Die Maßnahmen sind angemessen und führen nicht zu einem persönlichen Nachteil, der erkennbar außer Verhältnis zum eingangs erläuterten Ziel steht.

Die zeitlich und räumlich überschaubar befristeten Beschränkungen der individuellen Bewegungs- und Handlungsfreiheit und auferlegten Maßregeln sind angesichts der benannten Gefahren verhältnismäßig.

Im Übrigen ist diese Allgemeinverfügung gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 3 der VwGO i. V. m. § 37 des Tiergesundheitsgesetzes (TierGesG) sofort vollziehbar. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

Zu D.

Die Bekanntgabe der Allgemeinverfügung erfolgt auf Grundlage des § 1 VwVfGBbg i. V. m. § 41 Abs. 4 VwVfG. Danach gilt eine Allgemeinverfügung zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben. In der Allgemeinverfügung kann ein hiervon abweichender Tag, jedoch frühestens der auf die Bekanntmachung folgende Tag, bestimmt werden, § 41 Abs. 4 Satz 4 VwVfG. Von dieser Ermächtigung wurde Gebrauch gemacht, da die angeordneten tierseuchenrechtlichen Maßnahmen keinen Aufschub dulden.

Die Bekanntmachung erfolgt nach § 41 Abs. 4 S. 1 und 2 VwVfG durch die ortsübliche Bekanntmachung des verfügenden Teils.

Bei der Bekanntgabe durch ortsübliche Bekanntmachung ist zu berücksichtigen, dass vorliegend der Adressatenkreis so groß ist, dass er, bezogen auf die akute Gefahrenlage infolge der Einschleppung einer hoch ansteckenden Tierseuche sowie des sich aktuell weiter ausbreitenden epidemiologischen Geschehens, nach Ausübung pflichtgemäßen Ermessens vernünftigerweise nicht mehr in Form einer Einzelbekanntgabe angesprochen werden kann. Von einer Anhörung wurde daher auf der Grundlage des § 1 Abs. 1 VwVfGBbg i. V. m. § 28 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG abgesehen.

F. Rechtsbehelf

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Landrat des Landkreises Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa, Heinrich-Heine-Straße 1 in 03149 Forst (Lausitz)/Baršć (Łużyca) einzulegen.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist der Widerspruch durch De-Mail in der Sendevariante „mit bestätigter sicherer Anmeldung“ nach dem De-Mail-Gesetz zu erheben. Die De-Mail-Adresse lautet: de-post@lkspn.de-mail.de

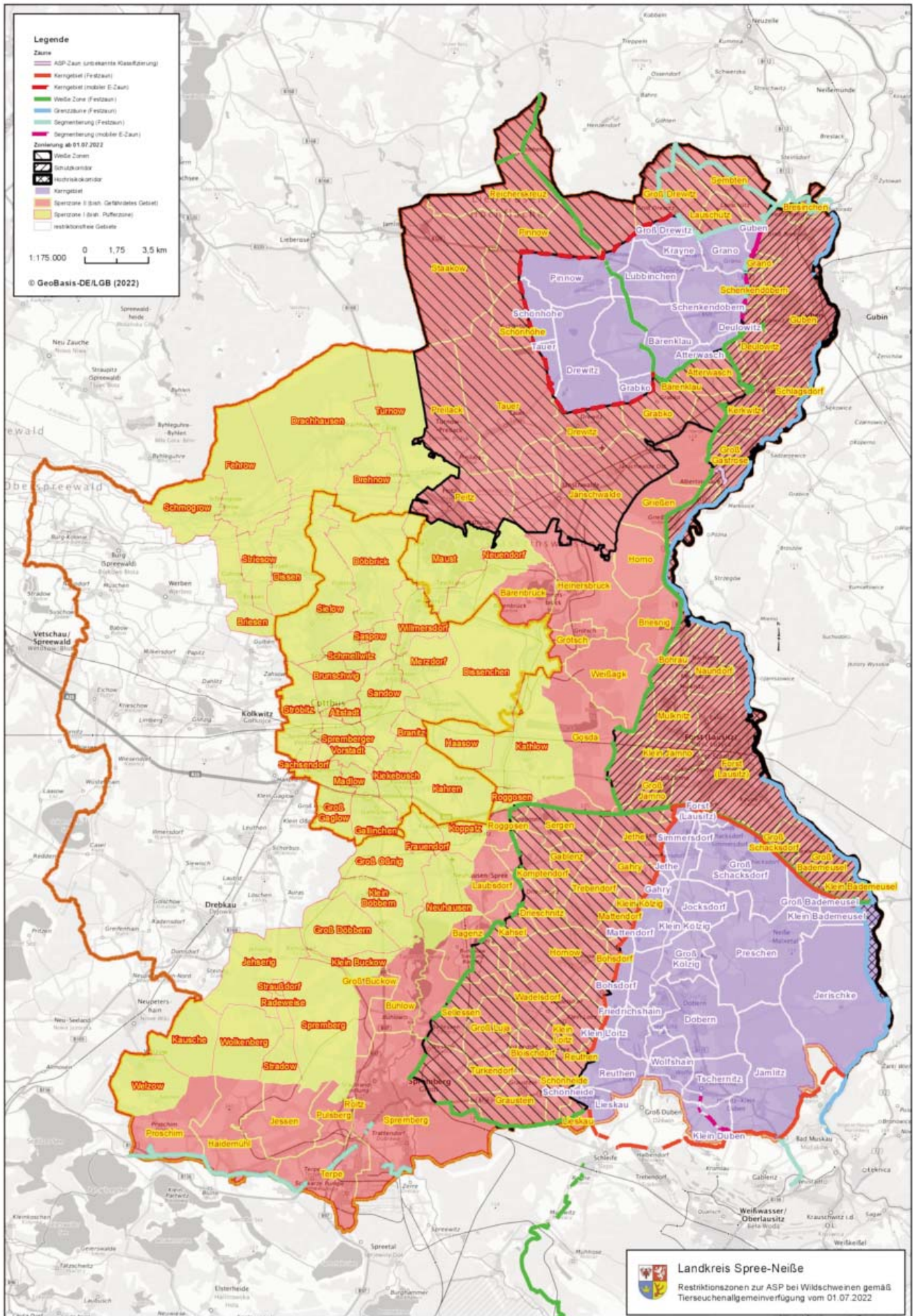
Bei der Verwendung der elektronischen Form sind die besonderen technischen Rahmenbedingungen zu beachten, die im Internet unter <https://www.lkspn.de/zugangseroeffnung.html> aufgeführt sind.

Forst (Lausitz)/Baršć (Łużyca), 01.07.2022

Im Auftrag

Dr. Kröber
Amtstierarzt

Anlage
Karte der Restriktionsgebiete vom 01.07.2022



Beschlüsse des Kreistages Spree-Neiße

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 29. Juni 2022 folgende Beschlüsse gefasst:

Kreistagsbeschluss-Nr.: 253-29/2022

Der Kreistag des Landkreises Spree-Neiße beschließt die 3. Änderung des Stellenplanes 2021 von 820,034 VZE um 7,000 VZE auf **827,034 VZE**.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 254-29/2022

Der Kreistag beschließt die Aufhebung des Beschlusses Nr.: 198-21/2021 vom 08.12.2021 „Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022“.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 255-29/2022

Der Kreistag beschließt die Aufhebung des Beschlusses Nr.: 199-21/2021 vom 08.12.2021 „Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2022 bis 2025“.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 256-29/2022

Der Kreistag beschließt die Aufhebung des Beschlusses Nr.: 197-21/2021 vom 08.12.2021 „Einwendungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2022“.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 257-29/2022

Die Einwendungen der Städte Guben, Forst (Lausitz)/Baršć (Łużyca), Drebkau/Drjowk, Spremberg/Grodok und Welzow/Wjelcej, der Gemeinden Kolkwitz/Gołkojce, Schenkendöbern und Neuhausen/Spree sowie der Ämter Burg (Spreewald), Döbern-Land und Peitz richten sich gegen die Höhe der Kreisumlage.

1. Den Einwendungen der Stadt Guben wird nicht entsprochen.
2. Den Einwendungen der Stadt Forst (Lausitz)/Baršć (Łużyca) wird nicht entsprochen.
3. Den Einwendungen der Stadt Drebkau/Drjowk wird nicht entsprochen.
4. Den Einwendungen der Stadt Spremberg/Grodok wird nicht entsprochen.
5. Den Einwendungen der Stadt Welzow/Wjelcej wird nicht entsprochen.
6. Den Einwendungen der Gemeinde Kolkwitz/Gołkojce wird nicht entsprochen.
7. Den Einwendungen der Gemeinde Schenkendöbern wird nicht entsprochen.
8. Den Einwendungen der Gemeinde Neuhausen/Spree wird nicht entsprochen.
9. Den Einwendungen des Amtes Döbern-Land wird nicht entsprochen.
10. Den Einwendungen des Amtes Burg (Spreewald) wird nicht entsprochen.
11. Den Einwendungen des Amtes Peitz wird nicht entsprochen.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 258-29/2022

Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022, unter Berücksichtigung des Kreistagsbeschlusses 253-29/2022 zur 3. Änderung des Stellenplanes 2021.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 259-29/2022

Der Kreistag beschließt das Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2022 bis 2025 im Rahmen der Haushaltssatzung 2022.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 260-29/2022

Der Kreistag beschließt die Vergabe des Bauauftrages in Höhe von 370.734,50 EUR (brutto) an den Bieter Nr. 3, die US GmbH – Gerüstbau & Transport, Dresdener Chaussee 48 in 03130 Spremberg/Grodok.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 261-29/2022

Der Kreistag beschließt die Vergabe des Bauauftrages in Höhe von 1.291.395,03 EUR (brutto) an den Bieter Nr. 2, Elektroservice Stefan Prinz, Kiefernstraße 25 in 03048 Cottbus/Chóšebuz.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 262-29/2022

Der Kreistag beschließt die Vergabe des Bauauftrages in Höhe von 271.233,37 EURO (brutto) an den Bieter Nr. 5, die Extrembau GmbH Halle, Köthener Straße 24 in 06118 Halle.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 263-29/2022

Der Kreistag beschließt in dem Vergabeverfahren „Entsorgung von gefährlichen Abfällen im Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa ab 01.01.2023“ den Zuschlag an Bieter 2, die ALBA Lausitz GmbH, Dissener Straße 50 in 03042 Cottbus/Chóšebuz zu erteilen.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 264-29/2022

1. Der Kreistag beschließt in dem Vergabeverfahren „Entsorgung von Restabfällen aus dem Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa“ für den

Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2026 für die Lose 1, 2 und 3 auf die Angebote des Bieters 1, die EEW Energy from Waste GmbH, Schöninger Straße 2-3 in 38350 Helmstedt, den Zuschlag zu erteilen.

2. Die Inanspruchnahme der optionalen, zweimaligen Verlängerung von jeweils zwei Jahren ist dem Kreistag zur Entscheidung vorzulegen.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 265-29/2022

Der Kreistag beschließt,

1. den geprüften Jahresabschluss 2021 festzustellen.
2. die Werkleitung zu entlasten.
3. den aus dem BgA „Duale Systeme“ resultierenden Gewinn in Höhe von 145.983,41 EUR in die zweckgebundene Rücklage einzustellen.
4. den Aufzinsungsbetrag in Höhe von 4.514,60 EUR des BgA „Deponie Forst“ mit der Rücklage aus der Abzinsung von Rückstellungen“ zu verrechnen.
5. den aus dem BgA „Deponie Forst“ übrigen resultierenden Verlust in Höhe von 631.426,30 EUR mit der „Allgemeinen Rücklage“ zu verrechnen.
6. den Verlust des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers aus der Aufzinsung der Sanierungsrückstellung in Höhe von 219.362,83 EUR mit der „Rücklage aus der Abzinsung von Rückstellungen“ zu verrechnen.
7. aus dem Zinsergebnis die Planzinsen in Höhe von 41.978,35 EUR der „Rücklage aus der Abzinsung von Rückstellungen“ zuzuführen.
8. den in der „Allgemeinen Rücklage“ verbliebenen Anteil aus der Verschmelzung mit der AGNS in Höhe von 899.365,13 EUR den „Verbindlichkeiten aus § 6 KAG“ zuzuführen.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 266-29/2022

- 1.) Der Kreistag bestätigt den vorliegenden Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebs Jobcenter Spree-Neiße.
- 2.) Der Kreistag entlastet die Werkleitung.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 267-29/2022

Der Landrat wird ermächtigt, für den Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa die anliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung (Anlage) über eine Interkommunale Zusammenarbeit zur Verbesserung der Breitbandversorgungssituation im Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa gem. § 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, Abs. 3 Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg) i. V. m. § 5 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 GKGBbg i. V. m. § 2 (2) Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) abzuschließen.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 268-29/2022

Der Kreistag beschließt unter dem Vorbehalt der Bestätigung des Haushaltes 2022 die Verteilung der für die institutionelle Förderung der Museen im Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa eingestellten Mittel in Höhe von 225.000,00 EUR für das Jahr 2022 wie folgt:

Peitz/Picnjo:	33.676,25 EUR
Guben:	32.118,24 EUR
Forst (Lausitz)/Baršć (Łużyca)	35.791,90 EUR
Dissen-Striesow/Dešno-Strjažow:	54.177,48 EUR
Bloisdorf/Blóbošojce:	14.694,14 EUR
ATZ Welzow/Wjelcej:	38.962,98 EUR
Drebkau/Drjowk:	15.579,01 EUR

Kreistagsbeschluss-Nr.: 269-29/2022

Der Kreistag beschließt die beigefügte Stellungnahme zum Entwurf des Landesnahverkehrsplanes 2023-2027 als Ergänzung zur Stellungnahme der Verwaltung des Landkreises Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 270-29/2022

Der Kreistag beschließt auf Vorschlag des Landrates die nicht nur vorübergehende Übertragung einer höher bewerteten Tätigkeit als Justitiarin im Fachbereich Recht (EG 14) zum 01.01.2023 an Frau Mireille Gorges.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 271-29/2022

1. Der Beschluss Drs.-Nr.: BV/192/2021 vom 14.04.2021 - Übertragung der Liegenschaft 03149 Forst (Lausitz)/Baršć (Łużyca), Pestalozzplatz 7 wird aufgehoben.

2. Der Kreistag beauftragt und ermächtigt den Landrat zu den notwendigen Aktivitäten für eine Übertragung des Grundstückes in der Gemarkung Forst

(Lausitz), Flur 16, Flurstücke 541 mit 2.773 m² und Flurstück 544 mit 36 m² hier Pestalozziplatz 7 vom bisherigen Eigentümer Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa, an die Forster Wohnungsbaugesellschaft mbH (FWG) im Rahmen der Vermögenszuordnung. Für vorgenanntes Grundstück wird direkt von der Forster Wohnungsbaugesellschaft mbH ein Wertausgleich in Höhe von 90.000 Euro an den Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa gezahlt.

Kreistagsbeschluss-Nr.: 272-29/2022

Der Kreistag beschließt für die Erbringung der Verkehrsleistungen auf dem Gebiet des straßengebundenen ÖPNV im Bedienegebiet „Spree-Neiße/Ost“ ab 01.01.2025 eine Kooperation mit der Cottbusverkehr GmbH.

1. Hierzu wird folgendes Modell vorbereitet:

- Gründung einer gemeinsamen Auftragnehmergesellschaft (ANG) mit Mehrheitsanteil Landkreis (51%) und Minderheitsanteil Cottbusverkehr GmbH (49%)
- Abschluss eines Öffentlichen Dienstleistungsauftrages zwischen Landkreis und Auftragnehmergesellschaft
- Bereitstellung Personal- und Fahrzeugkapazitäten sowie der vollständigen Overheadleistungen durch die Cottbusverkehr GmbH auf Grundlage eines Dienstleistungsvertrages zwischen Auftragnehmergesellschaft und Cottbusverkehr GmbH

2. Das Vertragswerk stellt sicher, dass der Landkreis den Betrieb der Verkehrsleistungen über die gesamte Laufzeit der Kooperation ausfinanziert, d. h. dass aus dem Betrieb des ÖPNV im Linienbündel Spree-Neiße Ost aufgrund von nachgewiesenen Kosten- oder Einnahmeveränderungen entstehende Defizite der Cottbusverkehr GmbH ausgeglichen werden.

3. Soweit die weitere Vorbereitung und Prüfung des Vorhabens durch Cottbusverkehr GmbH und der Stadt Cottbus/Chóśebuz zu dem Ergebnis führt, dass Cottbusverkehr GmbH das Vorhaben vorzugsweise in einer dafür zu gründenden „Projektgesellschaft mbH“ ansiedelt, wird dieser Vorgehensweise zugestimmt.

4. Das schlussverhandelte Vertragswerk soll dem Kreistag am 19. Oktober 2022 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Alle Beschlüsse können im Büro des Kreistages in der Kreisverwaltung, Heinrich-Heine-Str.1, 03149 Forst (Lausitz)/Barśc (Łużyca), Zimmer A.1.28, eingesehen werden.

Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa

Bekanntmachung Jahresabschluss des Jahres 2020 des Eigenbetriebes Jobcenter Spree-Neiße

Der Kreistag stellte in seiner Sitzung am 29.06.2022 unter der Kreistagsbeschluss-Nr.: 266-29/2022, BV/316/2022 den geprüften Jahresabschluss des Jahres 2020 fest und hat den folgenden Beschluss gefasst:

- „1. Der Kreistag bestätigt den vorliegenden Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebes Jobcenter Spree-Neiße.
2. Der Kreistag entlastet die Werkleitung.“

Der Jahresabschluss sowie der Bestätigungsvermerk der Wirtschafts-

prüfer liegen in der Zeit vom 11.07.2022 bis 11.08.2022 im Zimmer B 3.18 a in der Kreisverwaltung des Landkreises Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa in 03149 Forst (L.)/Barśc (Łużyca), Heinrich-Heine-Straße 1, zur Einsichtnahme aus.

Forst (Lausitz)/Barśc (Łużyca), den 05.07.2022

Harald Altekörper
Landrat

Bekanntmachung Jahresabschluss des Jahres 2021 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft des Landkreises Spree-Neiße/ Wokrejs Sprjewja-Nysa

Gemäß § 33 (3) der Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden wird hiermit der Jahresabschluss des Jahres 2021 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft des Landkreises Spree-Neiße/ Wokrejs Sprjewja-Nysa bekannt gemacht. Der Jahresabschluss 2021 wurde in der Sitzung des Kreistages des Landkreises Spree-Neiße/ Wokrejs Sprjewja-Nysa am 29.06.2022 mit folgendem Wortlaut beschlossen (Kreistagsbeschluss 265-29/2022: BV/337/2022):

1. Der Kreistag beschließt, den geprüften Jahresabschluss 2021 festzustellen.
2. Der Kreistag beschließt, die Werkleitung zu entlasten.
3. Der Kreistag beschließt, den aus dem BgA „Duale Systeme“ resultierenden Gewinn in Höhe von 145.983,41 € in die zweckgebundene Rücklage einzustellen.
4. Der Kreistag beschließt, den Aufzinsungsbetrag in Höhe von 4.514,60 € des BgA „Deponie Forst“ mit der „Rücklage aus der Abzinsung von Rückstellungen“ zu verrechnen.
5. Der Kreistag beschließt, den aus dem BgA „Deponie Forst“ übrigen resultierenden Verlust in Höhe von 631.426,30 € mit der „Allgemeinen Rücklage“ zu verrechnen.
6. Der Kreistag beschließt, den Verlust des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers aus der Aufzinsung der Sanierungsrückstellung in Höhe von 219.362,83 € mit der „Rücklage aus der Abzinsung von Rückstellungen“ zu verrechnen.

7. Der Kreistag beschließt, aus dem Zinsergebnis die Planzinsen in Höhe von 41.978,35 € der „Rücklage aus der Abzinsung von Rückstellungen“ zuzuführen.

8. Der Kreistag beschließt, den in der „Allgemeinen Rücklage“ verbliebenen Anteil aus der Verschmelzung mit der AGNS in Höhe von 899.365,13 € den „Verbindlichkeiten aus § 6 KAG“ zuzuführen.

Dem Jahresabschluss wurde am 14. April 2022 durch den Wirtschaftsprüfer der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Die Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg nahm den Jahresabschluss ohne eigene Feststellungen zur Kenntnis und bestätigte dies mit Schreiben vom 31.05.2022.

Der Jahresabschluss 2022 sowie der Bestätigungsvermerk liegen ab dem Tag der Veröffentlichung, eine Woche beim Eigenbetrieb Abfallwirtschaft, Frankfurter Str. 2, 03149 Forst (Lausitz), Zimmer 2.10, zur Einsichtnahme aus.

Forst (Lausitz)/Barśc (Łużyca), den 04.07.2022

Harald Altekörper
Landrat